

Wer wir sind

BASTA ist ein Bündnis aus Organisationen und Gruppen, die endlich ein Ende der altrechtlichen Staatsleistungen an die Kirchen erreichen wollen.



BASTA

Bündnis altrechtliche Staatsleistungen abschaffen

Bundesweite Mitgliedsorganisationen



ifw Institut für Weltanschauungsrecht



gbs giordano bruno stiftung

Freidenker
Deutscher Freidenker-Verband



PARTEI der HUMANISTEN

junge liberale



linksjugend ['solid]

Säkulare Sozialdemokrat_innen

Regionale Mitgliedsorganisationen

- gbs Rhein-Neckar
- gbs Karlsruhe
- gbs Stuttgart/Mittlerer Neckar
- gbs Leipzig
- gbs München
- Bund für Geistesfreiheit München
- Bund für Geistesfreiheit Augsburg
- Säkulares Forum Bremen
- Säkulares Forum Hamburg
- Säkulare Flüchtlingshilfe Hamburg e.V.
- AG Säkulare Organisationen Hessen
- LAG Laizismus
- Die Linke Hessen
- Partei der Humanisten Hessen
- Piratenpartei Hessen
- Religionsfrei im Revier
- Düsseldorfer Aufklärungsdienst
- Säkulares Netzwerk NRW
- HVD NRW
- HVD Niedersachsen
- HVD Rheinland-Pfalz / Saarland e.V.
- Freidenkerinnen und Freidenker Ulm / Neu-Ulm

gbs

bfg

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HESSEN

PARTEI der HUMANISTEN
Hessen

PIRATENPARTEI
Hessen

Religionsfrei im Revier

DA!
Düsseldorfer
Aufklärungsdienst

HVD

Worum geht es?

Unser Bündnis fordert die verfassungsgemäße Abschaffung aller altrechtlichen Staatsleistungen.

Seit 1919 schreibt die deutsche Verfassung vor, dass die jährlichen Staatsleistungen der Länder an die Religionsgesellschaften (Kirchen) durch Ablösung endgültig zu beenden sind.

Dieser Verfassungsauftrag wurde 1949 in das Grundgesetz übernommen aber seitdem ignoriert. Noch immer zahlen die Bundesländer jedes Jahr.

Derzeit erhalten allein die beiden großen Kirchen etwa **600 Millionen Euro** jährlich zusätzlich zu Kirchensteuern und Subventionen.

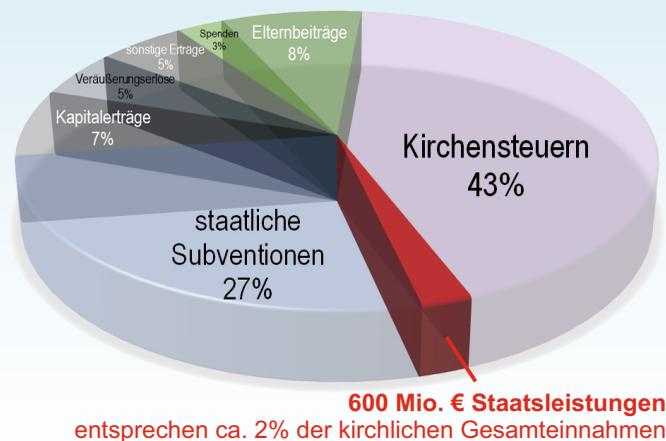


Staatsleistungen an Kirchen sofort beenden!

staatsleistungen-beenden.de

Worum geht es nicht?

Es geht nicht um die Kirchensteuer. Es geht auch nicht um staatliche Zuschüsse und Subventionen für kirchliche soziale Einrichtungen oder den Denkmalschutz.



Der Hintergrund

Seit Ende des deutschen Kaiserreichs gibt es keine Staatskirche mehr. Staat und Kirchen sollten getrennt werden. Daher wurde 1919 in der Verfassung ausdrücklich festgelegt, dass die Staatsleistungen an die Kirchen durch Ablösung zu beenden sind. Das ist nicht geschehen.

Noch immer zahlen die Bundesländer jährlich an die Religionsgesellschaften (Kirchen). Diese Zahlungen werden aus **allgemeinen Steuern** von allen BürgerInnen - egal ob Kirchenmitglied oder nicht aufgebracht und an die Kirchen zur freien Verfügung überwiesen. Ein Großteil der Staatsleistungen wird für die Einkommen und Pensionen von Kirchenbeamten wie Bischöfen, Pfarrern, Priestern etc. verwendet.

Das ist eine grobe **Missachtung der Verfassung!**

Unsere Forderungen

1. Wir fordern alle politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern auf, mit den Kirchen unter Beteiligung der Öffentlichkeit ernsthafte Gespräche mit dem Ziel einer umgehenden Beendigung der Staatsleistungen zu führen. Bund und Länder dürfen sich nicht länger gegenseitig die Verantwortung für ihre Untätigkeit zuschieben.
2. Wir fordern den Bundestag auf, endlich ein Ablösegesetz zu erlassen, wie es im Grundgesetz Artikel 138 Absatz 1 WRV vorgesehen ist.
3. Wir fordern Bund und Länder auf, bei dem entsprechenden Gesetzgebungsverfahren zu berücksichtigen, dass die Länder seit Inkrafttreten der Weimarer Verfassung 1919 bereits Staatsleistungen in Milliardenhöhe gezahlt haben. Dies soll bei der Berechnung angemessener Ablösesummen berücksichtigt werden und die altrechtlichen Staatsleistungen daher ohne weitere Entschädigungen eingestellt werden.
4. Wir fordern die katholische und die evangelische Kirche auf, auf die Zahlung weiterer Staatsleistungen unverzüglich zu verzichten und der Ablösung keine Hürden in den Weg zu legen.

Was kann ich tun?

Sie können auf unserer Webseite unseren **Aufruf mitzeichnen**.

Sie können diese **Informationen verbreiten**
facebook.com/staatsleistung
twitter.com/staatsleistung

Mitmachen: Wenn Ihre Organisation sich uns anschließen möchte, so wenden Sie sich bitte per E-Mail an: